

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 14.01.2014

Gewässer entlasten - Alle Möglichkeiten zur Abwasserminimierung vor Ort voll ausschöpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit ihren Einflussmöglichkeiten in der Flussgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser) sicherzustellen, dass in dem nächsten Bewirtschaftungsplan für die Flussgebietseinheit Weser auch die alternativen Verfahren zur Reduzierung der Salzbelastung von Werra und Weser aufgenommen und in ihren Auswirkungen auf die Umsetzung der Ziele und Fristen der EU-Wasserrahmenrichtlinie beschrieben und gewürdigt werden.

Begründung

In der 22. Sitzung des Runden Tisches am 24. September 2013 berichtete Herr Holger Dienes (Weserrat) über den aktuellen Stand des EU-Vertragsverletzungsverfahrens im Zusammenhang mit der Versalzung von Werra und Weser. Es wurde deutlich, dass alternative technische Verfahren zu den verschiedenen Pipelinevarianten (zur Oberweser und zur Nordsee) im Bewirtschaftungsplan für die Flussgebietsgemeinschaft Weser bisher nicht vorgesehen sind. Dies trifft auch auf den neuen Bewirtschaftungsplan zu, der im Dezember 2014 der EU-Kommission vorgelegt werden muss. Er stellt ausschließlich auf die Fristverlängerung und die „Fernentsorgung der K+S-Abwässer über eine Rohrleitung“ ab.

Im Rahmen der gleichen Sitzung wurde durch die Firma K-UTEK AG Sondershausen dargestellt, dass es möglich sei, die Aufarbeitung aller K+S-Abwässer in einer einzigen Anlage zusammenzufassen. In dem Verfahren werde durch fraktionierendes Eindampfen mit anschließender chemischer Umsetzung Kaliumsulfatdünger gewonnen. Diese Anlage könne wirtschaftlich betrieben werden. Die angewandten Verfahren seien alle bekannt, sie stellten den Stand der Technik der Kali-Industrie dar; lediglich die Zusammenstellung der Verfahren sei neu. Die verbleibenden Reststoffe könnten nach chemischer Verfestigung durch Versatz in untertägigen Hohlräumen beseitigt werden. Der Abstoß von Salzlösungen könne vollständig vermieden werden.

Das fraktionierende Eindampfen der Salzlösung sei nach Darstellung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen wirtschaftlich zu betreiben, wenn dafür die Abwärme von Kraftwerken genutzt würde. Es böte sich das Vakuumkristallisationsverfahren an, das mit besonders geringem Energieverbrauch und CO₂-Anfall einhergehe.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 15.01.2014)